

Gesamtelternbeirat der
städtischen Kindertagesstätten
Ingolstadt

GEB-IN

geb-in@gmx.de

Gesamtelternbeirat der städtischen KiTas Ingolstadt

Stadt Ingolstadt
Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung

Ingolstadt, den 04.04.2022

Stellungnahme des Gesamtelternbeirates zur geplanten Erhöhung der Betreuungsgebühren

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 10.03.2022 lehnen wir das Vorhaben zu einer weiteren Erhöhung der Betreuungsgebühren, wie bereits im vergangenen Jahr, aus folgenden Gründen ab.

1. Die Familien werden seit Beginn der Pandemie enorm belastet. Eine zusätzliche finanzielle Bürde ist nicht tragbar

Die vergangenen Monate und Jahre mussten die Familien große Hürden meistern. Die Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen im Kita-Bereich haben uns allen viel abverlangt. Obwohl zuletzt einige Lockerungen erfolgten, sind die Ingolstädter KiTas noch weit von einem Regelbetrieb entfernt, wie ihn die Familien vor Corona gewohnt waren. Noch immer gibt es verkürzte Öffnungszeiten oder Betretungsverbote für die Eltern. Noch immer hat eine Rückkehr in die offenen Konzepte mit allen seinen Vorteilen für Kinder und pädagogisches Personal bislang nicht stattgefunden. Noch immer bringt diese Situation viele Eltern an den Rand ihrer Kapazitäten.

Neben der organisatorischen Belastung steht auch jene der Kinder, die nicht den gewohnten pädagogischen Leistungsumfang, wie in der regulären Betreuung, erleben durften und massiv sozial eingeschränkt wurden. Die daraus resultierenden psychischen Folgen für Kinder und Familien beginnen erst langsam sichtbar zu werden.

Auf dieser Basis ist die erneut geplante Kitagebührenerhöhung in einer modernen und wohlhabenden Stadt wie Ingolstadt für uns Eltern nicht nachvollziehbar und alleine aus solidarischen Gründen unverständlich. Kinder und Eltern sind weiterhin die Verlierer in dieser Pandemie.

2. Die geplante Anhebung der Elternbeiträge geht nicht einher mit einer Verbesserung der Betreuungsqualität

Seit nunmehr zwei Jahren müssen die Ingolstädter Familien einen verminderten Leistungs- und Qualitätsumfang in der Kindertagesbetreuung hinnehmen. Nicht zuletzt ist diese bedingt durch die angespannte Personalsituation, welche sich in den letzten Monaten noch einmal merklich verschärft hat. Die Kindergärten und Krippen konnten über einen längeren Zeitraum nicht den gewohnten Betreuungsumfang anbieten oder aber mussten wegen Personalmangels sogar mehrere Tage komplett schließen. Dies stellte und stellt nach wie vor eine große Belastung für die Familien dar, da die KiTa als verlässlicher Teil der Kinderbetreuung häufig und darüber hinaus sehr kurzfristig wegbricht. Somit stehen die Eltern wieder vor der Herausforderung, Kind und Beruf gleichzeitig jonglieren zu müssen und sich zwischen beidem zu zerreißen, was sie oft an den Rand ihrer Kapazitäten bringt. Uns sind viele Fälle von

Familien bekannt, welche aus diesem Grund sogar ihre Arbeitszeiten langfristig reduzieren mussten – meistens betrifft dies Mütter. Die dünne Personaldecke sorgt aber auch für Einschränkungen des KiTa-Personals vor Ort, das ebenfalls allem gerecht werden muss.

Eine wirkliche Entlastung für alle Beteiligten bringt nur ein guter Betreuungsschlüssel, welcher über dem gesetzlichen liegen sollte, um einen „Puffer“ an Fachkräften zu gewährleisten. In den Bestrebungen der Stadt, neues Personal zu akquirieren, sehen wir leider noch keine spürbaren Erfolge. Die aktuelle Betreuungssituation ist nach wie vor nicht zuverlässig und eine Verbesserung der Betreuungsqualität ist auch langfristig nicht absehbar. Daher ist eine Anhebung der Elternbeiträge auch in diesem Punkt nicht zu rechtfertigen.

3. Die Elternbeitragszuschüsse des Freistaates Bayern sind kein Argument, um auf der anderen Seite die Gebühren anzuheben

Die aufgeführte Entlastung der Eltern durch Elternbeitragszuschüsse für Kindergarten und Krippe als Begründung für eine Gebührenerhöhung heranzuziehen, erachten wir als fragwürdiges Argument. Die Notwendigkeit der Zuschüsse für Eltern in ganz Bayern wurde durch den Freistaat Bayern erkannt und umgesetzt. Diese Entlastung der Eltern nun für den Ingolstädter Stadthaushalt heranzuziehen, war nicht im Sinne des Freistaats. Es ist nicht angemessen, diese als Begründung in die Argumentation einfließen zu lassen.

4. Der Vergleich zu den aufgeführten „mittleren Großstädten“ ist ungenügend. Vor allem die in den städtischen Ingolstädter KiTas fehlenden Geschwisterboni werden nicht einkalkuliert

Der bereits in den vergangenen Jahren der Gebührenerhöhungen herangezogene Vergleich mit den weiteren mittleren bayerischen Großstädten Erlangen, Fürth, Regensburg und Würzburg ist als nicht relevant zu betrachten. Zum einen haben diese Städte teilweise seit 2016 keine Gebühren mehr angehoben, zum anderen unterliegen sie unterschiedlichen Rahmenbedingungen, vor allem aber gewähren Sie den Eltern weitere finanzielle Vorteile.

Insbesondere wird dies im Hinblick auf die Geschwisterboni sichtbar, die es in den städtischen Einrichtungen in Ingolstadt de facto nicht gibt. Bei drei Kindern in städtischen Einrichtungen wird drei Mal der volle Beitrag fällig, wohingegen fast alle der aufgeführten Vergleichsstädte alle Geschwisterermäßigungen aufweisen können. Ein Blick nach Würzburg oder Fürth zeigt, dass diese dort zum Teil mit bis zu 50 % oder gar kompletter Gebührenfreiheit ab dem dritten Kind sehr großzügig ausfallen.

Auch die freien Träger in Ingolstadt, die von Ihnen als Vergleich herangezogen werden, bieten dahingehend Ermäßigungen an, die i.d.R. 10 % ausmachen. Es ist daher mehr als überfällig, auch in unserer Stadt endlich Geschwisterboni einzuführen.

Darüber hinaus sollte der Fokus neben den aufgeführten ebenso auf andere Städte – wenn auch anderer Größenordnung – gerichtet und besser vergleichbare Zahlen (z.B. Pro-Kopf-Einkommen und -Verschuldung, Mietspiegel, kommunale Haushaltslage) herangezogen werden. Die Stadt München beispielsweise bietet seit vielen Jahren ein sozial gerechtes, nach Einkünften gestaffeltes Gebührensystem, welches unterdessen sogar überwiegend eine komplette Gebührenfreiheit ermöglicht. Aufgrund der genannten Argumente bitten wir Sie daher, zukünftig für Vergleiche dieser Art Städte heranzuziehen, welche ähnliche sozial-ökonomische Kriterien erfüllen.

5. Eine Anhebung der Elternbeiträge um durchschnittlich 5 % ist nicht angemessen. Im Durchschnitt steigen damit die Gebühren innerhalb von sechs Jahren um 41 %

Eine erneute durchschnittliche Anhebung der Betreuungsgebühren um 5 %, im Hort in den höheren Buchungszeiten sogar um bis zu 7,8 %, erachten wir nicht, wie von Ihnen aufgeführt, als maßvoll. Dies steht nicht im Verhältnis zu der bereits vor zwei Jahren durchgeführten Erhöhung um ebenfalls durchschnittlich 5 %, bei der in erster Linie die Randzeiten stark betroffen waren.

Insgesamt lässt sich aus den zurückliegenden Gebührenerhöhungen der Jahre 2015, 2016, 2019 und 2022 eine durchschnittliche Anhebung der Elternbeiträge für die städtischen Kindertageseinrichtungen um knapp 41 % manifestieren – innerhalb von sieben Jahren. In Zeiten, in denen bundesweit die Betreuungsgebühren sukzessive abgeschafft oder zumindest sozial gerechtere Systeme eingeführt werden, ist eine Erhöhung in einer finanziell gutgestellten Stadt wie unserer mehr als unangemessen.

Fazit:

Aufgrund der oben genannten Argumente fordern wir Sie auf, von einer Diskussion über eine Gebührenerhöhung abzusehen. Gerne sind wir bereit, nach einem KiTa-Jahr im Normalbetrieb – ohne Einschränkungen durch die Pandemie und mit einer stabileren Personalsituation – über ein sozial gerechteres Gebührensystem diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

Der Gesamtelternbeirat der städtischen Kindertageseinrichtungen Ingolstadt